ENTWURF

Beschlussvorschlag für die Videokonferenz des Präsidiums des Hessischen Städtetages am 31.08.2022:

Das Präsidium des Hessischen Städtetages

1. empfiehlt, über die in den Bundesverordnungen zur Sicherung der Energieversorgung enthaltenen Maßnahmen hinaus folgende weitere Maßnahmen zu ergreifen: (siehe Tabelle)

2. fordert das Land auf, eine auf die Gasmangellage fokussierte Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne für Bürger*innen, Mieter*innen, Gewerbetreibende, Unternehmen aufzusetzen und dabei die Kommunen einzubinden, zudem die jeweiligen kommunalen Kampagnen zu unterstützen und den Kommunen zentral Materialvorlagen zur Verfügung zu stellen.

3. bittet das Land unter Federführung des Ministerpräsidenten einen Krisenstab mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Verbänden der kommunalen Stadtwerke einzurichten.

4. fordert vom Land einen Schutzschirm für die hessischen Stadtwerke zu spannen.

Vorschlag für weitere Maßnahmen		
I. Kurzfristig		
	Priorität 1:	
	Absenkung der Badewassertemperatur in Schwimmhallen auf 24 °C, mindestens jedoch auf 26 °C.	

	(Empfehlung Sportbund: 26 °C Grad)	
	<p>Sport- und Turnhallen für alle Nutzungen weiter geöffnet halten. Aber Absenkung der Raumtemperatur auf 15°C, zumindest jedoch auf maximal 17 °C.</p> <p>Abschalten der Warmwasservorhaltung, vorausgesetzt dies ist mit der Trinkwasserhygiene vereinbar.</p>	
	Städtische Veranstaltungen in zu heizenden Räumen weiter erlauben. Aber: Flächen und Räume zusammenzulegen und somit die zu heizende Fläche reduzieren.	
	Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen für Bürger*innen, Mieter*innen, Gewerbetreibende, Unternehmen etc. aufsetzen.	
	<p>Reduzierung der freiwilligen Beleuchtung der Innenstadt (z.B. Weihnachtsbeleuchtung) um 50 Prozent und Verzicht auf die freiwillige Beleuchtung ab spätestens 22 Uhr.</p> <p>Vorgabe im Platzvergabeverfahren, die eine Beleuchtung nur bis 22 Uhr erlaubt.</p> <p>Für Beleuchtung, die nicht durch die Stadt erfolgt, gilt die Sensibilisierungskampagne (siehe Punkt darüber).</p>	<p>§ 8 EnSikuMaV</p> <p>(1) Die Beleuchtung von Gebäuden und Baudenkmalern von außen mit Ausnahme von Sicherheits- und Notbeleuchtung ist untersagt. Ausgenommen sind kurzzeitige Beleuchtungen bei Kulturveranstaltungen und Volksfesten.</p> <p>(2) Die Untersagung nach Absatz 1 Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn die Beleuchtung zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit oder zur Abwehr anderer Gefahren erforderlich ist und nicht kurzfristig durch andere Maßnahmen ersetzt werden kann.</p>
	Betrieb von Freizeiteinrichtungen wie Eislaufbahnen, Schneekanonen, Skihallen,	

	<p>sowie Eissporthallen des reinen Freizeitbetriebs einstellen. (Ggf. über Genehmigungsverfahren ausschließen)</p>	
	<p>Temperaturabsenkung in weiterführenden Schulen auf 19 °C.</p>	<p>wie Höchsttemperatur in öffentlichen Gebäuden gem. § 8 EnSikuMaV.</p>
	<p>Abschaltung von <u>mobilen</u> Luftreinigungsgeräten in Abwägung mit der Pandemie-Situation gemäß den Empfehlungen des Umweltbundesamtes.</p>	
	<p>Überprüfung inwieweit Betrieb <u>stationärer</u> Lüftungsanlagen reduziert oder abgeschaltet werden kann. (Gilt nur für Anlage ohne Wärmerückgewinnung).</p>	
	<p>Untersagung des Betriebs von privaten Heizlüftern und privaten mobilen Klimageräten etc. in öffentlichen Verwaltungen. (Hinweis: Betrieb privater Geräte ist ohnehin verboten)</p>	
	<p>Schließung der Dienstgebäude zwischen den Jahren soweit möglich (außer Bürgerdienste) bei Nutzung von Homeoffice / Gleitzeit.</p>	
	<p>Zentrale Festlegung restriktiver Energiesparmodi / Ausschalten für PCs, Laptops und Bildschirme sowie weitere technische Geräte in öffentlichen Verwaltungen.</p>	
	<p>Verzicht auf Rasenheizung bei Fußballspielen und -training zumindest in der Spielpause. (Hinweis: Rasenheizung vom DFB (3. Liga)/ DFL (1. und 2. Liga) vorgegeben.)</p>	

	Priorität 2:	
	Straßenbeleuchtung: Nachtabsenkung verlängern, soweit möglich und sinnvoll. (Empfehlung: Dokumentation, soweit nicht möglich oder nicht sinnvoll) Im Gasmangelnotfall: Straßenbeleuchtung reduzieren	
	Abschalten von Nicht-LED-Ampelanlagen in der Nacht soweit möglich und nicht sicherheitsrelevant.	
	Empfehlung zur Nutzung von Homeoffice an bestimmten Wochentagen (Montag und / oder Freitag), um dann über mehrere Tage den Heizbedarf in öffentlichen Gebäuden bei gleichzeitiger Nachtabsenkung in dieser Zeit, verringern zu können.	
II.		
Mittelfristig		
	Straßenbeleuchtung auf LED umstellen	
	Einsatz von LED-Leuchtmitteln in öffentlichen Gebäuden	
	Energetische Sanierung der Gebäude	
Bundesrechtlich vorgegebene Maßnahmen		
I. Kurzfristig (01.09.2022-28.02.2023)		
	Verbot der Beheizung von Gemeinschaftsflächen	§ 5 EnSikuMaV
	Höchsttemperatur für Arbeitsräume in öffentlichen Nichtwohngebäuden	§ 6 EnSikuMaV
	Ausschalten dezentraler Trinkwassererwärmungsanlagen, wenn Betrieb überwiegend zum Händewaschen vorgesehen ist	§ 7 Abs. 1 EnSikuMaV

	Beschränkung der Warmwassertemperatur in zentralen Trinkwassererwärmungsanlagen	§ 7 Abs. 2 EnSikuMaV
	Verbot der Beleuchtung öffentlicher Gebäude und Baudenkmäler	§ 8 EnSikuMaV
	Informationspflicht über Preissteigerungen	§ 9 EnSikuMaV
	Nutzungseinschränkung beleuchteter Werbeanlagen von 22 Uhr bis 16 Uhr	§ 11 EnSikuMaV
	Mindestwerte der Lufttemperatur für Arbeitsräume in Arbeitsstätten (Klarstellung)	§ 12 EnSikuMaV
II. Mittelfristig (1.10.2022 – 30.09.2024)		
	Heizungsprüfung und Heizungsoptimierung	§ 2 EnSimiMaV
	Hydraulischer Abgleich und weitere Maßnahmen zur Heizungsoptimierung	§ 3 EnSimiMaV
	Umsetzung wirtschaftlicher Energieeffizienzmaßnahmen in Unternehmen	§ 4 EnSimiMaV

Begründung:

Der Bund hat mit den Entwürfen der Kurzfristenergiesicherungsmaßnahmen- und der Mittelfristenergiesicherungsmaßnahmenverordnung bereits Regelungen für die öffentliche Hand vorgegeben.

Die vom Präsidium eingesetzte AG Gasmangellage hat darüberhinausgehende Maßnahmen erarbeitet, die es den Städten zur Umsetzung empfiehlt (siehe Tabelle).

Dabei sind insgesamt 13 Maßnahmen innerhalb der Priorität 1 vorgesehen. Die Reihenfolge der Darstellung orientiert sich nicht an dem Energiesparpotential der jeweiligen Maßnahme. Dieses kann bei ein und derselben Maßnahme von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich ausfallen. Eine weitere Priorisierung ist daher der jeweiligen Mitgliedsstadt vorbehalten.

Sollte sich die Situation weiter zuspitzen, sind ggf. weitere Maßnahmen erforderlich. Es ist dann zu erwarten, dass auch der Bund weitere Vorgaben zum Energiesparen machen wird.

Die AG Gasmangellage soll zunächst weiter bestehen bleiben und befasst sich derzeit mit möglichen Krisen-Szenarien.

- Einrichtung und Betrieb (Zugangskontrolle, Sicherheitsdienst) der Wärmeinseln kann nicht durch Untere Katastrophenschutzbehörde geleistet werden
- Woher kommt die Wärme für die Wärmeinseln überhaupt?
- Lösungsansätze für Verteilung der Energie? (Mobile Heizzentralen beschaffen)
- Gebäude für Wärmeinseln nehmen, die mit Pellets geheizt werden oder mit Öl
- Priorisierung, welche Gebäude nach und nach runtergefahren werden können
- Wie können runtergefahrene Gebäude geschützt werden?
- Krisenstab einsetzen (auch ÖPNV, Energieversorger)